Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 9 (1952)

Heft: 4

Buchbesprechung: Neues vom Büchermarkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Neues vom Büchermarkt

Hospitals; integrated design. Von *Isadora Rosenfield;* 2. rev. Aufl.; 398 S. Text, 330 Abb.; Reinhold Publishing Corp. New York, 1951.

Eines der kostbarsten Güter des einzelnen Menschen wie auch der ganzen Volkswirtschaft ist die menschliche Gesundheit. Diese zu erhalten oder wiederherzustellen, ist daher eine der wichtigsten Forderungen der heutigen Zeit. Die Vereinigten Staaten von Amerika bemühen sich in vorbildlicher Weise darum, durch Erstellung moderner, zweckmässig eingerichteter und hygienischer Krankenhausbauten solchen Bedürfnissen entgegenzukommen. Das Werk von Rosenfield rollt den Fragenkomplex in umfassender Weise auf. Durch mannigfaltige Grundrisse, Aufrisse, Innenansichten, Modellphotos, Lagepläne u. a. m. vermittelt es den Einblick in die einzelnen Krankenabteilungen, technischen Dienste, zu verwendenden maschinellen Anlagen. Besondere Berücksichtigung verdient die Behandlung der Standortsfrage, da daraus auch für unsere schweizerischen Verhältnisse Rückschlüsse über die regionale Verteilung der Krankenanstalten, über die Bettenzahl pro Bevölkerung usw. gezogen werden können. Das Werk darf bestens empfohlen werden.

Der Einfluss des Fremdenverkehrs auf Wirtschaft und Bevölkerung in der Landschaft Davos. Von *Christian Jost.* Schweiz. Beiträge zur Verkehrswissenschaft, Heft 40; 175 S. Text, 21 Diagramme. Verlag Stämpfli & Cie., Bern, 1952.

Mit vorliegender Monographie wurde der Versuch unternommen, am konkreten Beispiel eines bekannten Kur- und Sportzentrums die hervorragende Bedeutung des Fremdenverkehrs für die schweizerische Volkswirtschaft darzulegen. Die Arbeit, eine Dissertation, ist in sieben Hauptabschnitte unterteilt. Nach einer Einleitung über die hauptsächlichsten Bestimmungsfaktoren des Fremdenverkehrs und seine wesentlichsten Erscheinungsformen in der Landschaft Davos, untersucht der Autor die wirtschaftliche Entwicklung dieser Landschaft und die Art und Weise, wie sich der Fremdenverkehr auf sie auswirkt. Auch sein Einfluss auf Handel und Industrie und das Verkehrswesen werden nicht vernachlässigt. Ausstrahlungen auf die Bevölkerung werden ebenfalls der Betrachtung wert befunden. Zahlreiche Tabellen ergänzen den Text; ein reichhaltiges Literaturverzeichnis gestattet dem interessierten Leser, die einschlägigen Werke zu konsultieren.

Vg.

Mitteilungen

Landschaftspflege und Landesplanung im Saarland

Die Regierung des Saarlandes ist bestrebt, im Rahmen der Landesplanung in sich geschlossene Schutzgebiete anzulegen. Daher wurden, z. T. in Verbindung mit der Forstverwaltung, grossräumige Flächen der Saarwälder unter besonderen Naturschutz gestellt. Damit werden im dichtest besiedelten Industriegebiet Europas Erholungsflächen geschaffen, die im allgemeinen sozialen Interesse liegen. In biologischer Hinsicht dienen die Wälder der Allgemeinheit dadurch, dass sie die Funktion von Wasserspeichern übernehmen und der Regelung des Mikroklimas nutzbar gemacht werden können. Von gleicher Tragweite ist die Schaffung von Windschutzgürteln. Bei der Stadtplanung von Saarbrükken, der Hauptstadt des Landes, steht das Bemühen im Vordergrund, unter allen Umständen Erholungsflächen und bebaute Räume aufeinander abzustimmen. In zähem Abwehrkampf ist es den Landesplanern dabei gelungen, alle Angriffe auf den bestehenden freien Raum in und um Saarbrücken abzuschlagen. Gleichzeitig sieht die Regierung Massnahmen vor, um der Staub- und Russgefährdung durch die Industrie und der Gewässerverunreinigung ein Ende zu setzen.

Lö.

Flüchtlinge und Landesplanung

Nach dem unheilvollen Krieg offenbarte sich der Flüchtlingszustrom nach Westdeutschland als ganz besondere Belastung. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen in die Gesellschaftsordnung wurde zu einem umfassenden Aufgabenkomplex aller Einrichtungen. Auch die Landesplanung erhielt zusätzliche Arbeit, um zur Lösung der Notstände beizutragen. Insbesondere in solchen Gebieten, wo bereits Notstände zu verzeichnen waren, verschärfte sich die Lage durch das Hinzukommen der Flüchtlinge.

Mit dem Flüchtlingssiedlungsgesetz vom 10. August 1949 wurde erst einmal den in der Landwirtschaft tätig gewesenen Flüchtlingen geholfen. «Wüstgelegte» Höfe oder Betriebe mit mangelndem Nachwuchs sollten einen Teil der Flüchtlinge aufnehmen. So erwartet u. a. das Land Bayern von 1951—1956 etwa 5000 derartige niedergehende Höfe und rechnet in absehbarer Zeit mit der Unterbringung von rund 50 000 Menschen in der Landwirtschaft.

Besonders zahlreich haben sich die landwirtschaftlichen Nebenerwerbssiedlungen für Flüchtlinge verbreitet. Voraussetzung für eine solche Nebenstelle muss sein, dass der Flüchtling der Gruppe A angehört, d. h. früher östlich der Oder-Neisse-Linie wohnte, ehemaliger Landarbeiter ist und eine hauptberufliche Beschäftigung hat. Die zugewiesene Hofstelle umfasst 1250 m² bei einem Pachtvertrag von 2 bis 6 Morgen (mittlere Grösse = 4 Morgen = 1 ha). Dafür erhält der Flüchtling 9500 DM Kredit, der im Falle eines Einliegers um 3500 DM erhöht werden kann. Ab 3 ha Land wird die Nebenerwerbssiedlung zur Aufbaustelle, womit weitere 5000 DM aus Landesmitteln dazu gegeben werden können.

Eine weitere Massnahme ergab sich durch einen Bevölkerungsausgleich in Form der Umsiedlung. Durch eine Verordnung der Bundesregierung vom 29. November 1949 über die Umsiedlung von Heimatvertriebenen aus den übersättigten Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden weitere Arbeitsmöglichkeiten in sogenannten Aufnahmeländern geschaffen (Ruhrgebiet, Französische Zone), wobei namentlich Gewerbe und Industrie berücksichtigt wurden. Die Beschlüsse des Bundestages vom 4. Mai 1950 und 8. März 1951 lieferten weitere Grundlagen zur Durchführung einer grosszügigen Umsiedlung unter besonderer Rücksichtnahme auf die Festlegung der Kapazität der Aufnahmeländer.

Gekoppelt mit übergeordneten Planungsgesichtspunkten konnte u. a. das Land Hessen in dem sogenannten «Hessenplan» (gemäss eines Beschlusses der Hessischen Regierung vom 28. Juni 1950) eine Gesamtumsetzung der Flüchtlinge von Norden nach Süden anregen. Hierbei wurde als erste Phase die interne Kreisumsiedlung vorgesehen. Dadurch werden neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen.

Viele Kreise sind nicht in der Lage, durch Selbsthilfe die Situation zu meistern. Dafür gilt als Beispiel der Landkreis Osterholz im Regierungsbezirk Stade, der zu einem grossen Teil vom landwirtschaftlichen Notstandsgebiet Teufelsmoor eingenommen wird. Da die landwirtschaftliche Tragfähigkeit schon ohnehin erschöpft war, würde eine Sanierung nur durch eine Belebung der gewerblichen Wirtschaft möglich sein. Und dies bedingt interne Kreisumsiedlung an arbeitseinsatzmässige Schwerpunkte unter gleichzeitiger Förderung des Wohnungsbaus. Falls eine interne Umsiedlung nicht ausreicht, um den Arbeitsmarkt zu entlasten, so ist die externe Umsiedlung in Aufnahmegebiete notwendig. Dass die arbeitslosen Flüchtlinge bereit sind, für den Fall eines gesicherten Arbeitsplatzes umzusiedeln, hat eine Stichprobenerhebung im Kreis Osterholz erwiesen, wo 60 % durch interne und 40 % durch externe Umsiedlung eine Besserung ihrer sozialen Lage erhoffen. Allgemein wird gehofft, dass ein Teil der beim Lastenausgleich anfallenden Gelder produktiv für Flüchtlingsbetriebe investiert werden kann. Nur so ist eine Besserung der Gesamtlage möglich.

Scho.